

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 01/0295/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 02.06.2017 Verfasser:	
Ratsanträge		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.06.2017	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie an die Verwaltung zur weiteren Bearbeitung.

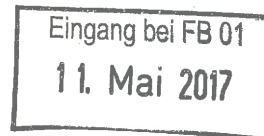
Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden mehrere Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge

An den Oberbürgermeister der Stadt Aachen
Herrn Marcel Philipp
Rathaus
52062 Aachen



Nr. 265/17
MA

3. Mai 2017
GRÜNE 09 / 2017
LINKE

Ratsantrag

Rahmenplanung „Rund um den Burtscheider Viadukt“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE und die LINKE Fraktion beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Rahmenplanung für den Bereich rund um den Burtscheider Viadukt zu erstellen bzw. in Auftrag zu geben.

Ziel der Planung soll sein, die städtebaulichen Defizite in diesem Bereich zu beseitigen, einen Rahmen für zukünftige Bebauungsabsichten zu entwickeln und die Fuß und Radwegeverbindungen sowie die Grünbeziehungen zwischen dem Frankenberger Viertel im Bereich zwischen Bachstraße und Moltkestraße und dem Kurbereich Burtscheid im Bereich des Kurgarten zwischen Kurbrunnenstraße und Burtscheider Markt zu stärken, durchlässiger zu machen und markanter zu entwickeln.

Entsprechende Planungen und Maßnahmen im öffentlichen Raum sollen diese Ziele unterstützen. Auch sollen die unterhalb des Brückenbauwerks gelegenen privaten Liegenschaften auf Möglichkeiten einer Neuordnung und einer besseren öffentlichen Durchquerung untersucht werden.

Hierbei gilt es auch, den denkmalgeschützten Bahnviadukt als städtebaulich markantes Bauwerk besonders in Szene zu setzen, Sichtachsen auf die Brücke zu erhalten und zu stärken sowie die Durchlüftungsfunktion der Viaduktbögen für das Frankenberger Viertel zu erhalten. Ein zukünftiger Bau eines dritten Bahngleises als Andockung an den vorhandenen Viadukt oder als eigenständiges Brückenbauwerk auf der Burtscheider Seite ist in den Planungen zu berücksichtigen.

Die an der Kurbrunnestr/Ecke Bachstr. gelegene städtische Parkpalette ist ebenfalls bezüglich einer baulichen Aufwertung zu untersuchen. Auch soll mit der Rahmenplanung die Fusswege- und Radverkehrsverbindung zu den beiden großen Schulen, der Viktoriaschule und der 3. Gesamtschule, nachhaltig verbessert werden.

Die heute in der Dammstraße verrohrt liegenden Bäche (Kalter Bach und Warmer Bach) sollen im Zuge der dort anstehenden Kanalbaumaßnahmen bis in den Bereich von Bachstraße und Warmweiherstraße wieder an die Oberfläche geholt werden. Dies würde der offenen Führung der Bäche im Kurgarten im 19. Jahrhundert entsprechen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Städtebauförderung entsprechende Finanzmittel für die Rahmenplanung einzusetzen und bei der Bezirksregierung einzuwerben.

Begründung


Die angestrebte Rahmenplanung hat zum Ziel, die städtebaulichen Gegebenheiten, Wege- und Sichtbeziehungen, markante Bauwerke, wie zum Beispiel das Baudenkmal Bahnviadukt, das ehemalige Busdepot darunter oder die Klinik an Rosenquelle, in den beiden genannten Quartieren zu stärken. Die zur Zeit deutlich feststellbare vermehrte Bau- und Planungstätigkeit in diesem Stadtquartier bietet die Chance, die heute vorhandenen städtebaulichen Defizite zu beseitigen und die Durchlässigkeit von Frankenger Viertel nach Burtscheid und umgekehrt zu verbessern.

Zukünftige öffentliche und private Bautätigkeit rund um den Viadukt erfordern klare Leitlinien für eine weitere städtebauliche Entwicklung unter Berücksichtigung der Grün- und Durchlüftungsfunktionen des Bauwerks.

Die notwendig werdende Kanalsanierung in der Dammstraße macht es wegen der Lage des alten zu sanierenden Straßenkanals unter dem verrohrten Bach erforderlich, diesen im Zuge der Tiefbauarbeiten wieder oberirdisch zu führen. Entlang der Dammstraße kann so ein neuer attraktiver Aufenthalts- und Grünkorridor entlang des Bachlaufs geschaffen werden, der auch den Kurpark und die Kurparkterrassen als städtische Immobilie und Liegenschaft entsprechend aufwertet.



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Leo Deumens
Fraktionsvorsitzender

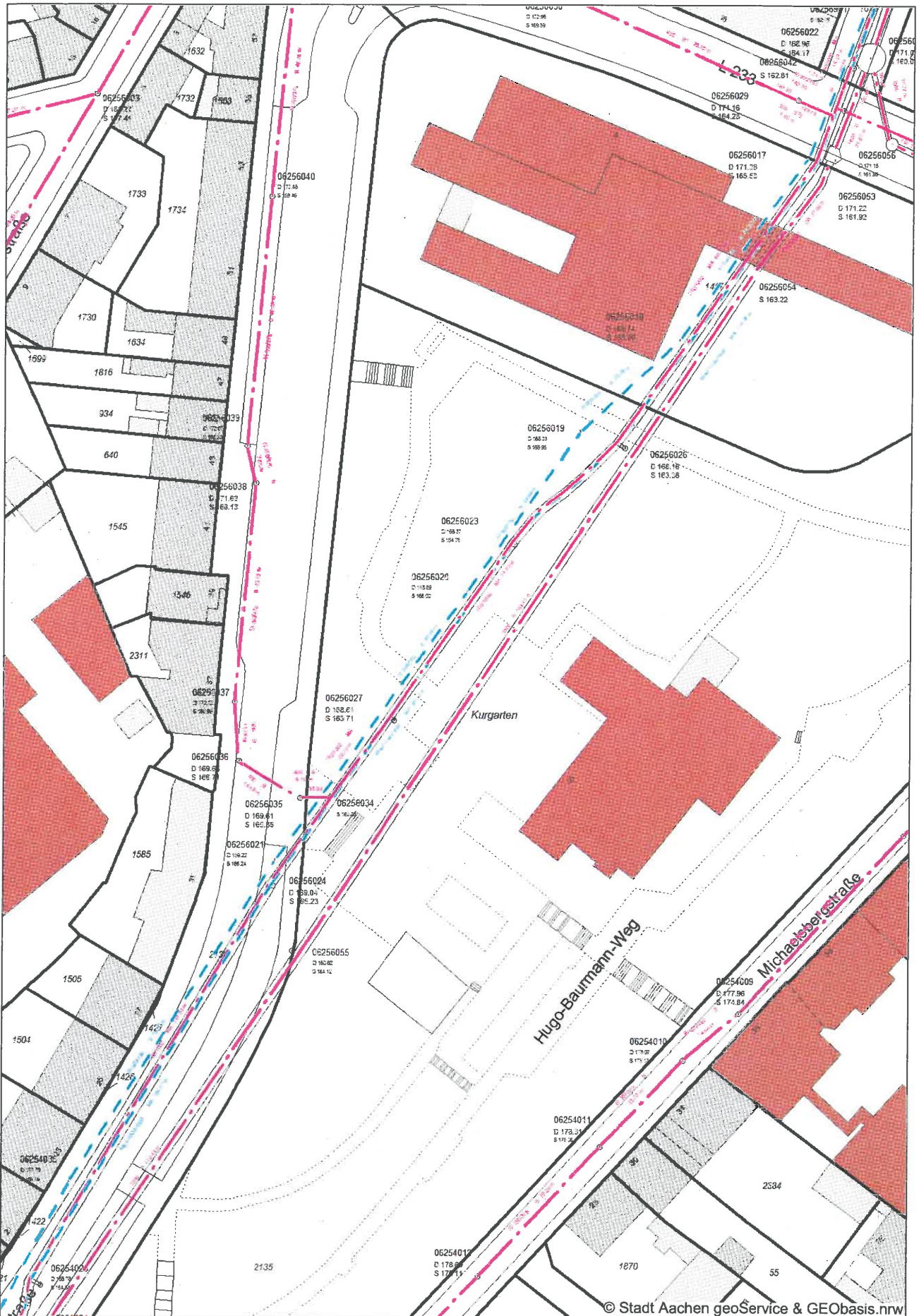


Michael Rau
Planungspolitischer Sprecher



Marc Beus
Planungspolitischer Sprecher

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen



0 m 40 m

Für den dienstlichen Gebrauch - Maßstab gilt nur bei Druck ohne Seitenanpassung.

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

19. Mai 2017

Nr. 266/17

Aachen, 19. Mai 2017

Ratsantrag: Baumarbeiten ankündigen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Informationen über bevorstehende Arbeiten an Bäumen im Stadtgebiet frühzeitig auf der Internetseite der Stadt Aachen und per Pressemitteilung bekannt zu geben. Im Einzelnen sind dies Ort, Zeitraum, Art der Arbeiten und – insbesondere bei Fällungen – der Grund der Arbeiten.

Zu erfassen sind alle Bäume im öffentlichen Raum. Zudem Bäume auf privatem Grund, die den öffentlichen Raum mit prägen, beziehungsweise an denen ein öffentliches Interesse besteht, weil sie ein Naturdenkmal darstellen.

Entsprechend öffentlich zu machen sind alle dem Umweltamt und dem Stadtbetrieb bekannten Arbeiten, also auch solche, die von Fremdfirmen ausgeführt werden. Insbesondere werden auch Informationen über Baumarbeiten durch den Landesbetrieb Straßen.NRW eingeholt und bekannt gegeben.

Begründung

Werden im Stadtgebiet Bäume stark zurückgeschnitten oder ganz entfernt, fühlen sich Anwohner*innen oft überrumpelt. Bäume verbessern Klima und Lebensqualität im Wohnumfeld und prägen den visuellen Eindruck eines Quartiers. Wird ein Baum entfernt, müssen die Anwohner*innen zum Teil erhebliche Veränderungen in ihrer gewohnten Umgebung hinnehmen.

Bisher wurden in einer Straße mit Bäumen an denen gearbeitet werden soll, lediglich einige Tage früher um die betreffenden Bäume Halteverbotsschulder mit dem Zusatz »Wegen Baumarbeiten« aufgestellt. Diese Praxis zur Information der Anwohner*innen ist nicht ausreichend.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Jörg Hofmann

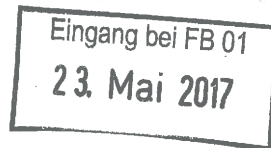


CDU FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 267/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 17.016 / SPD AT 62/17

Aachen, den 17. Mai 2017

RATSANTRAG

**Informationen zum Arbeitsmarkt für Migrantinnen und Migranten bündeln und aufberei-
ten**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt fol-
genden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, Informationen zum Arbeitsmarkt für
Migrantinnen und Migranten zu bündeln, in einfacher Sprache auszuarbeiten und in ein-
schlägige Sprachen zu übersetzen.

Die Vorlage soll in enger Kooperation mit den Job Centern, der Verwaltung der StädteRegion
sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Migrantinnen und Migranten, erstellt werden.

Begründung

Erwerbstätigkeit ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben und gehört deshalb zu den wichtigs-
ten Faktoren für gelungene Integration. Es gibt bereits eine Vielzahl an Angeboten für ar-
beitssuchende Migrantinnen und Migranten. Oft sind die Informationen schwer zugänglich,
nicht gebündelt verfügbar und schwer verständlich.

Die beantragten Informationen sollten einen Überblick über die verschiedenen Institutionen,
Rechte und Pflichten, Sprachkurse, Qualifizierungsmaßnahmen und weitere Informationen

im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt für Migrantinnen und Migranten beinhalten. Die Informationen sollen auf den Seiten der Stadt Aachen leicht zugänglich aufbereitet werden. Darüber hinaus sollen die wichtigsten Informationen auch in gedruckter Form verfügbar sein.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



Hans Müller

sozialpol. Sprecher
CDU-Fraktion



Nathalie Hüllenkremer

sozialpol. Sprecherin
SPD-Fraktion

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen - Johannes Paul II Str. 1 - 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-

52058 Aachen

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Eingang bei FB 01

29. Mai 2017

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

Nr. 268/17

29. Mai 2017

Antrag: Wohnraumknappheit bekämpfen (I von II) - Priorisierung einheimischer Aachener Bürger bei der Wohnraumversorgung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt möge folgenden Beschluß fassen:

Die Stadtverwaltung erarbeitet eine Neufassung des den Verteilungsschlüssel für die Vergabe von freierwerdendem städtischem Wohnraum festsetzenden Grundsatzbeschlusses des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses vom 19.05.2015. Der bisherige Beschluß wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben. In der zu erarbeitenden Neufassung wird der bisherige Verteilungsschlüssel für die Vergaben von freierwerdendem städtischem Wohnraum an sogenannte Flüchtlinge auf maximal 1 Prozent begrenzt.

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Begründung:

Wohnungslosigkeit zählt zu den unwürdigsten Formen von Armut. Im Jahr 2012 lebten laut Verwaltung 322 wohnungslose Personen in Aachen in städtischen Übergangsheimen.¹ Derzeit sind knapp 400 Aachener Bürger (Stand 31.03.2017) in Übergangsheimen für wohnungslose Menschen untergebracht.² Hinzu kommt eine unbestimmte Anzahl von Personen, die bei Bekannten unterkommen oder ohne Obdach leben.

Die steigende Fallzahlentwicklung entspricht einem bundesweiten Trend zum Anstieg der Anzahl wohnungsloser Personen in Deutschland.³ Das geht u.a. auf Fehlentwicklungen und Schief lagen auf dem Wohnungsmarkt zurück: Mangelnder Wohnraum im günstigen Preissegment und steigende Mietkosten führen zu einer Ausweitung und Verschärfung von Wohnungslosigkeit.

Diese Entwicklung ist inakzeptabel und erfordert die Anwendung aller der Stadt Aachen zur Verfügung stehenden Mittel, um eine dauerhafte Entspannung der Situation herbeizuführen.

Der aktuelle Verteilungssatz des Grundsatzbeschlusses des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses zur Vergabe von freierwerdendem städtischem Wohnraum an Personen mit Flüchtlingsstatus liegt derzeit bei 50 Prozent. In Anbetracht der niedrigen Auslastungsquote der städtischen Flüchtlingsunterkünfte von nur etwa 60 Prozent⁴ ist die Höhe des Verteilungssatzes nicht gerechtfertigt. Auch unter Berücksichtigung der quantitativen Größenordnung des asylfordernden Personenkreises, stellt der aktuelle Verteilungssatz eine übertriebene Bevorzugung desselben dar.

Die Anzahl der sogenannten Flüchtlinge beläuft sich nach Angaben der Verwaltung, Stand 31.03.2017, auf 2.196 Personen.⁵ Das statistische Jahrbuch der Stadt Aachen beziffert die Anzahl der wohnberechtigten Bevölkerung in Aachen auf 253.945 Personen, davon 211.128 Deutsche (Stand 31.12.2015).⁶

¹ http://ratsinfo.aachen.de/bi/_tmp/tmp/45081036246584600/246584600/00253601/01.pdf, S.6 (gesichtet am 21.04.2017)

² Ebenda, S.5 (gesichtet am 21.04.2017)

³ http://www.bagw.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen/ (gesichtet am 21.04.2017)

⁴ http://ratsinfo.aachen.de/bi/_tmp/tmp/45081036246584600/246584600/00252859/59.pdf, S.5 (gesichtet am 21.04.2017)

⁵ Ebenda

⁶ http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/pdfs_stadtbuerger/pdf_statistik/statistisches_jahrbuch_2015.pdf, S.26 (gesichtet am 21.04.2017)

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Als „Flüchtlinge“ viktimisierte illegale Einwanderer stellen durch den sprunghaften Anstieg seit 2015 demnach bereits einen beachtlichen Bevölkerungsanteil von fast einem Prozent. Eine Zuweisungsquote in Höhe von 50 Prozent des freiwerdenden städtischen Wohnraums ist jedoch erkennbar unverhältnismäßig. Das politische Fingerspitzengefühl gebietet daher eine unverzügliche Absenkung des Verteilungsschlüssels auf ein Niveau, das dem tatsächlichen Bevölkerungsanteil der sogenannten Flüchtlinge entspricht. Einheimische Menschen dürfen bei der Vergabe von städtischem Wohnraum nicht länger benachteiligt werden.

Die beantragte Neufassung des Grundsatzbeschlusses einschließlich der Neuquotierung des Verteilungssatzes leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens und zur Eindämmung der steigenden Wohnungslosigkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe


Markus Mohr

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

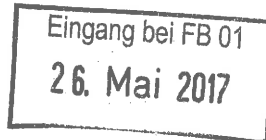
Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-

52058 Aachen

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AFA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen



Nr. 269/17

26. Mai 2017

Antrag: Wohnraumknappheit bekämpfen (II von II) - Auslastungsquote in Flüchtlingsheimen erhöhen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Aachen möge folgenden Beschluß fassen:

In Bezug auf die im Aachener Verwaltungsgebiet liegenden Gemeinschaftseinrichtungen und Sammelunterkünfte für Asylbewerber und Geduldete wird eine Auslastungsquote von mindestens 85 Prozent angestrebt. Als Sofortmaßnahme zur Erhöhung der Auslastung wird ein entsprechendes Personenkontingent von Asylbewerbern und Geduldeten, die aktuell in angemieteten abgeschlossenen Wohneinheiten oder Einzelwohnungen des städtischen Hausbesitzes untergebracht sind, unverzüglich in die in Aachen liegenden Gemeinschaftseinrichtungen umquartiert.

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Begründung:

Die Situation auf dem Aachener Wohnungsmarkt ist angespannt. Es steht kein ausreichender Wohnraum im günstigen Preissegment zur Verfügung. Hinzu kommen insgesamt steigende Mietkosten. Dies führt u.a. zu einer Ausweitung der Wohnungslosigkeit in Aachen.

In diesem Zusammenhang ist die Belegung von Einzelwohnungen für sog. Flüchtlinge über das erforderliche Maß hinaus eine zusätzliche Belastung. Wohnungen, die sogenannten Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden, sind dem Wohnungsmarkt entzogen. Dies verfestigt die Wohnungsknappheit und führt zu einer weiteren Verschärfung der bereits angespannten Mietpreissituation mit negativen Konsequenzen insbesondere für einkommensschwache Personen und Bedarfsgemeinschaften. Familien oder jungen Paaren mit Kinderwunsch, die sich auf Wohnungssuche befinden, werden inakzeptable finanzielle Belastungen zugemutet.

Die aktuelle Auslastungsquote der städtischen Flüchtlingsunterkünfte liegt derzeit (Stand 31.03.2017) bei lediglich etwa 60 Prozent. Die Verwaltung gibt in ihrer Vortage (FB56/0050/WP17) an, dass von 1.297 Plätzen lediglich 800 Plätze belegt seien. 1.396 Flüchtlinge seien in angemieteten und städtischen Einzelwohnungen untergebracht.

Die Rückführung von sogenannten Flüchtlingen aus städtischen bzw. angemieteten Einzelwohnungen in die Übergangwohnheime entlastet den Aachener Wohnungsmarkt.

In der beantragten zu erreichenden Auslastungsquote von 85 Prozent für Flüchtlingsunterkünfte sind etwaige zukünftige Migrationsströme berücksichtigt. Bei einer spontanen Zunahme des Unterbringungsbedarfs ist ein ausreichender Puffer vorhanden, um Engpässe zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Für die Ratsgruppe

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-

52058 Aachen

Eingang bei FB 01

29. Mai 2017

Nr. 270/17

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

29. Mai 2017

Antrag: Neue Interventions- und Präventionsstrategie in Aachen gegen gesundheitliche Risiken durch den Konsum illegaler Drogen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Aachen möge folgendes beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die rechtlichen Möglichkeiten einer chemischen Laboranalyse von illegalen Drogen im Rahmen der Interventions- und Aufklärungsstrategie „Drug-Checking“ in ihrem Verwaltungsbereich zu prüfen. Bei Gegebenheit der rechtlich erforderlichen Rahmenbedingungen wird die Stadtverwaltung beauftragt, ein entsprechendes Projektkonzept zu erarbeiten und dessen finanzielle Realisierbarkeit zu prüfen.

Begründung:

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

„Drug-Checking“ – Was ist das?

„Drug-Checking“ ist eine Interventionsstrategie zur Reduzierung von gesundheitlichen Gefahren und zur Aufklärung der Konsumenten über illegale Drogen, bzw. psychoaktive Substanzen (z.B. Ecstasy, Kokain, LSD). Es handelt sich um eine chemische Laboranalyse von illegalen Substanzen in Verbindung mit einem Aufklärungs- und Beratungsangebot. Auf Grundlage der erhobenen Analysedaten werden vielfältige Erkenntnisse über Drogen und Drogenkonsumenten gewonnen, die in weitere Präventionsprogramme fließen. Die dem Konsumenten vermittelten Analysedaten tragen zudem zu einer risikobewussteren Folgenabschätzung des Nutzers bei.

Gesundheitliches Risiko durch gefährliche Streckmittel

Auf dem illegalen Markt erworbene Drogen unterliegen keinerlei Qualitätskontrollen. Zur Absatzsteigerung werden in der Praxis die Wirkstoffzusammensetzungen von Produzenten und Drogenhändlern manipuliert. Von vielen Beimengungen bzw. Streckmitteln geht oft ein erhöhtes gesundheitliches Risiko aus. So warnt z.B. das schweizerische toxikologische Informationszentrum vor einer starken Belastung von Kokain durch das Entwurmungsmittel Levamisol. Dieser in der Veterinärmedizin gebräuchliche Stoff führt beim Menschen zu einem Verlust an weißen Blutkörperchen und schwächt die Immunabwehr, was zu schweren bakteriellen und viralen Infektionen führen kann¹. Des Weiteren droht durch Konsum von Levamisol eine Entzündung der Blutgefäße, die bis zum vollständigen Gefäßverschluss führen kann.²

Ebenfalls finden sich in Kokain häufig Lokalanästhetika, wie Lidocain und Tetracain, die bei hoher Dosierung oder in Wechselwirkung mit andern Substanzen zu einer Lähmung des zentralen Nervensystems führen können.³ Auch andere Drogen auf dem illegalen Markt, wie Marihuana, Ecstasy und Heroin sind mitunter starken Konzentrationsschwankungen und gesundheitsgefährdenden Beimengungen ausgesetzt. So starben im vergangenen Jahr 96

¹ <http://toxinfo.ch/298>

² <http://www.drugcom.de/topthema/levamisol-gefaehrlicher-verschnitt-in-kokain/>

³ https://www.akzept.org/pdf/volltexte_pdf/nr24/drogenpo_na/rauschdrug-checking.pdf, S.11

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Menschen in Deutschland an Fentanyl⁴, einem hochpotenten Opioid, welches immer häufiger als Streckmittel für Heroin Verwendung findet.⁵

Nutzer können auf keinerlei Informationen zur Beschaffenheit ihrer illegalen Droge zurückgreifen. Durch deren Konsum kommt es immer wieder zu Vergiftungen, Überdosierungen und sonstigen unerwünschten Nebenwirkungen - auch mit Todesfolge.^{6,7,8}

Untersuchungen zeigen, daß die Verunreinigungsrate legalisierter Drogen beträchtlich ist. So enthielten im Jahr 2014 81 Prozent der im Rahmen des Safer Nightlife Schweiz (SNS) getesteten Kokainproben mindestens eine weitere psychoaktive Substanz.⁹ Insgesamt wurden im Jahr 2014 vom SNS bei 1836 Proben 797 Warnungen ausgesprochen.¹⁰

Zahl der Drogentoten steigt – Kriminalisierung nutzlos

Die Zahl der Drogentoten in Deutschland ist im Jahr 2016 zum vierten Mal in Folge gestiegen. Das Bundeskriminalamt gibt für das vergangene Jahr 1.333 Drogentote an. Dies bedeutet eine Steigerung von 9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.¹¹ Medienberichte zitieren den Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, Raphael Gaßmann, der die aktuelle Verbotspolitik in Bezug auf illegale Drogen als unwirksam kritisiert und für ein Umdenken in der Drogenpolitik plädiert.¹² Auch Gaßmann weist auf die Problematik tödlicher Überdosierungen in Folge unkalkulierbarer Wirkstoffkonzentrationen hin.¹³

⁴ <https://www.welf.de/gesundheit/article164679396/Diese-gefaehrliche-Droge-fordert-immer-mehr-Tote.html>

⁵ <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/neue-droge-in-den-usa-10-000-mal-staerker-als-morphium/19811692.html>

⁶ <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/drei-tote-in-amsterdam-mysterioeser-dealer-verkauft-weisses-heroin-statt-kokain/11075896.html>

⁷ <https://www.tagesschau.de/inland/drogenbericht-117.html>

⁸ <http://www.mopo.de/hamburg/drogen-drama-um-anna-17-gluecks-pille-brachte-ihr-den-tod-22490746>

⁹ <http://www.infodrog.ch/nightlife-aktivitaeten.html>, siehe Pdf-Datei „Tätigkeitsbericht Safer Nightlife Schweiz 2014/ 2015“, S.23

¹⁰ Ebenda, S.22

¹¹ <http://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2017-05/drogentote-deutschland-2016-drogen-rauschgiftkriminalitaet>

¹² <http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/drogen-zahl-der-toten-in-deutschland-steigt-weiter-a-1146596.html> („Dass die Substanzen immer reiner und preiswerter werden, zeigt, dass wir mit der Verbotspolitik an diesem Ende nicht weiterkommen“)

¹³ Ebenda

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Gefahrenpotentiale frühzeitig erkennen

Durch eine chemische Analyse mittels „Drug-Checking“ können Informationen über die Konzentration des Wirkstoffes, über zusätzlich beigemischte Substanzen und etwaige Verunreinigungen generiert werden. Das Wissen über die Wirkstoffzusammensetzung der illegalen Droge vergegenwärtigt Nutzern das bestehende Gefahrenpotential. Nutzer bekommen die Möglichkeit, auf einer wissenschaftlich fundierten Informationsgrundlage eine Entscheidung über den Konsum der Droge zu treffen. „Drug-Checking“ ermöglicht somit eine individuelle Risikoabschätzung und fördert das subjektive Risikomanagement von Nutzern illegaler Drogen. Durch das den Nutzern vermittelte Analysematerial der zur Analyse eingereichten Droge kann der Nutzer ein rationales Verhältnis zur begehrten Droge gewinnen. Einer Mystifizierung des Drogenerlebnisses wird entgegengewirkt.

Eigenverantwortlichkeit statt Bevormundung

„Drug-Checking“ fördert die Mündigkeit von Drogenkonsumenten und orientiert sich am Prinzip der Eigenverantwortlichkeit und dem Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen. Drogenkonsumenten werden in diesem Ansatz weder kriminalisiert noch infantilisiert, sondern für einen risikoärmeren Drogenumgang sensibilisiert. Dieser Ansatz verbessert die Erreichbarkeit der schwer zugänglichen Zielgruppe, in der mangelhaft ausgeprägtes Problembewusstsein und eine ablehnende Haltung gegenüber Hilfsangeboten verbreitet sind.

Durch die im Rahmen von „Drug-Checking“-Projekten durchgeführten, anonymen Beratungsgespräche wird keine repressive Bevormundung ausgeübt, sondern ein Anstoß zur Selbstreflexion gegeben. Die „Drug-Checking“-Testergebnisse ermöglichen es dem Drogennutzer, Zusammenhänge zwischen eigenen Verhaltensmustern, bestimmten Wirksubstanzen und Dosierungen zu erkennen. Dadurch erhält der Drogennutzer mehr Klarheit über sein Verhalten und wird in die Lage versetzt, sein inneres Stimmungsbild mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen über pharmakologische Wirkungen zu begreifen.

„Drug-Checking“ ermöglicht umfassende Prävention

Das in „Drug-Checking“-Projekten erhobene Datenmaterial über Art und Beschaffenheit der illegalen Drogen erlaubt darüber hinaus Grundlagenforschung sowie die Beobachtung und

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Lokalisierung von Drogentrends. Auch Entwicklungen des Marktangebots und des Konsumverhaltens können lokal nachvollzogen werden. Entsprechende Informationen können weiterhin zur effektiveren Prävention und Reduzierung von Gefahrenpotentialen genutzt und an andere Stellen, wie z.B. an Schulen, Krankenhäuser und Polizei weitergeleitet werden. Durch diese umfassende Kooperation wird eine breite Präventions- und Interventionsstrategie ermöglicht.

In europäischen Nachbarländern erfolgreich etabliert

„Drug-Checking“ wird in einigen europäischen Nachbarländern schon seit Jahren praktiziert. Bereits in den neunziger Jahren wurden in der Schweiz „Drug-Checking“-Angebote ins Leben gerufen.¹⁴ Seit 2011 existiert darüber hinaus als koordinierende Informations- und Anlaufstelle das Kompetenzzentrum Safer Nightlife Schweiz (SNS), welches mobiles und stationäres „Drug-Checking“ anbietet. Beim mobilen „Drug-Checking“ wird ein Informationsstand mit angeschlossenem Labor in der Nähe von Clubs oder Festivals aufgestellt. Während der Substananalyse folgen ein obligatorisches Beratungsgespräch sowie eine anonyme Datenerhebung bezüglich des Sozialprofils und Konsumverhaltens des Drogenbesitzers. Nach Abschluss der Laboranalyse wird die Person über die Resultate informiert. Bei erhöhter Gesundheitsgefahr werden die Ergebnisse zudem veröffentlicht und an relevante Stellen, wie Krankenhäuser, Polizei oder Veranstalter weitergeleitet.¹⁵

In Zürich¹⁶ und Bern¹⁷ existieren stationäre „Drug-Checking“-Angebote, die eine größere Zielgruppe umfassen, da sich Drogenkonsumenten nicht notwendig an nächtlichen Musik- und Tanzveranstaltungen der sogenannten „Party-Szene“ beteiligen. In diesen Einrichtungen können ebenfalls Beratungsangebote und Vermittlungen an weiterführende Stellen wahrgenommen werden. Die Analyseergebnisse werden ebenfalls mit Kooperationspartnern geteilt und öffentlich zugänglich gemacht.

In Österreich führt das Wiener Projekt „Check-it“ seit 1997 mobile Substananalysen auf großen Festveranstaltungen durch. Auch wenn bei diesem Projekt wissenschaftliche

¹⁴ <http://www.infodrog.ch/nightlife-aktivitaeten.html>, siehe Pdf-Datei „Fact Sheet – Drug Checking, 2015“, S.1

¹⁵ https://www.akzept.org/pdf/volltexte_pdf/nr24/drogenpo_na/rauschdrug-checking.pdf, S.27-30

¹⁶ <http://saferparty.ch/diz.html>

¹⁷ <http://www.infodrog.ch/nightlife-aktivitaeten.html>, siehe Pdf-Datei „Fact Sheet – Drug Checking, 2015“, S.1

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Erkenntnisse, wie die Entwicklung von Konsumverhalten und Konsumtrends, im Vordergrund stehen, fließt das evaluierte Datenmaterial in die Sekundärprävention ein. In den mobilen Labors sind zudem geschulte Mitarbeiter tätig, die psychosoziale Hilfestellungen leisten können. Darüber hinaus bietet das Projekt „Check-it“ ein stationäres Beratungsangebot und zahlreiche Informationsmaterialien an.¹⁸

Aachen kann vorausgehen

Die Stadt Aachen ist eine junge und moderne Stadt. Neue Ideen und Konzepte sind besonders in diesem Bewusstsein fruchtbar. Als grenznahe Stadt liegt es in ihrer Natur, mit besonderem Interesse politische Konzepte in den Nachbarstaaten zu beobachten. Neben der Schweiz und Österreich, existieren auch in den Niederlanden¹⁹ und in Belgien²⁰ erfolgreiche „Drug-Checking“-Programme. Die Stadt Aachen kann mit der Implementierung eines „Drug-Checking“-Programms in Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen und den Anstoß zu einer bundesweiten Verbesserung von Präventions- und Interventionsstrategien geben.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe

Markus Mohr

¹⁸ https://www.akzept.org/pdf/volltexte_pdf/nr24/drogenpo_na/rauschdrug-checking.pdf, S.34f

¹⁹ <http://www.alternative-drogenpolitik.de/drugchecking.pdf>, S.17

²⁰ <http://www.eve-rave.net/abfahrer/download/eve-rave/dc112.pdf>, S.3

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen - Johannes Paul II Str. 1 - 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-

52058 Aachen

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

Eingang bei FB 01

26. Mai 2017

Nr. 277/17

26. Mai 2017

Antrag: Integration von Flüchtlingen - FIM-Stellen in Aachen ausbauen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Aachen möge folgenden Beschluß fassen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Belegung aller der Stadt Aachen gemäß dem Verteilungsschlüssel eingeräumten Beschäftigungsstellen im Rahmen des Arbeitsmarktprogramms „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ (FIM) der Bundesagentur für Arbeit zu erstellen.

Begründung:

Die der Stadt Aachen möglichen FIM-Stellen für volljährige sog. Flüchtlinge mit laufendem Asylverfahren sind zum Großteil nicht besetzt. Nur 82 von möglichen 236 gemäß des Verteilungsschlüssels für Aachen vorgesehene Stellen sind derzeit belegt. Somit bleibt ein

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

sinnvolles Instrument zur konstruktiven und produktiven Beschäftigung von Personen mit laufendem Asylverfahren während ihres Aufenthalts weitgehend ungenutzt.

FIM-Stellen eignen sich zur Überbrückung der in der Regel monatelangen Wartezeit, in der eine Entscheidung über den Ausgang des Asylverfahrens getroffen wird und die der Asylfordernde oftmals untätig in Gemeinschaftsunterkünften verbringt. Sie eröffnen den Teilnehmenden darüber hinaus durch gemeinwohlorientierte Tätigkeiten die Möglichkeit, ihre Dankbarkeit gegenüber der gastgebenden Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen.

In Hinblick auf die Pflege des Aachener Stadtforns, die Beseitigung von wildem Müll im Stadtgebiet oder die Entfernung von illegalen Graffiti liegen vielfältige und sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten vor.

Die Stadt Aachen muss FIM-Stellen als sinnvollen Betätigungsmöglichkeiten Vorrang vor anderweitigen Sprach- und Integrationskursen einräumen. Kostenintensive Integrationsmaßnahmen sind allenfalls vor dem Hintergrund eines dauerhaften Aufenthaltsstatus zielführend. Diese Bedingung ist während eines Asylverfahrens nicht erfüllt.

Die Kosten für das FIM-Arbeitsmarktprogramm werden zur Gänze von der Bundesagentur für Arbeit getragen. Angesichts der angespannten Haushaltssituation ist die Wahrnehmung des der Stadt Aachen eingeräumten Kontingents im Rahmen des FIM-Programms zu priorisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Für die Ratsgruppe

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Allianz für Aachen

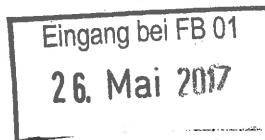
Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-

52058 Aachen



Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

25. Mai 2017

Antrag: Verbesserung des Stadtbildes - Bücherschrank in Aachen Brand

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Aachen möge folgenden Beschluß fassen:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Bezirksvertretung Brand, an einem geeigneten Aufstellungsort am neu gestalteten Brander Marktplatz einen öffentlichen Bücherschrank zu errichten.**
- 2. Die Stadtverwaltung erstellt zwecks dauerhafter Projektbetreuung des zu installierenden Bücherschranks eine Ausschreibung für künftige ehrenamtliche Paten.**

Begründung:

Die Aachener Bücherschränke sind ein Erfolg. Viele Aachener nutzen die Möglichkeit Bücher neu zu entdecken, zu lesen und zu tauschen. Diese „offene Bibliothek“ ist rund um die Uhr zugänglich, erfordert keine Formalitäten und ist kostenlos. Davon profitieren auch wirtschaftlich schwächere Aachener Bürger, die über das Angebot kostenlosen Zugang

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

zu Bildung und Kultur erhalten. Auch für Kinder ist in der Literaturlauswahl immer etwas zu finden.

Die Allianz für Aachen begrüßt ausdrücklich die kürzlich eingeweihte Neugestaltung des Brander Marktplatzes. Das damit neu belebte gesellschaftliche, kulturelle und kommerzielle Zentrum des Bezirks steht für eine bedeutende Aufwertung des Lebens im Stadtteil Brand. Aufgrund seines zusammenführenden Charakters und der zu erwartenden weiteren Zunahme an Besuchern, stellt der Brander Marktplatz einen idealen Standort für einen öffentlichen Bücherschrank dar. Eine Aufstellung desselben bedeutet einen weiteren Attraktivitätsgewinn für das neue sehenswerte Brander Zentrum.

Derzeit gibt es in Aachen 10 öffentliche Bücherschränke. Allerdings nicht in allen Bezirken. Im Bezirk Brand ist noch kein entsprechendes Projekt angestoßen worden. Einige der vorhandenen Bücherschränke wurden von Trägervereinen und Förderern angestoßen und finanziert. Doch nicht immer finden sich Trägervereine, die eine (Teil-)Finanzierung übernehmen. Mit der beantragten Finanzierung aus städtischen Mitteln, kann die Aufstellung des Bücherschranks zeitnah erfolgen.

Durch die Betreuung des Bücherschranks durch ehrenamtliche Paten wird ein gepflegter Zustand des Bücherschranks gewährleistet. Dieses Konzept hat sich z.B. bei den in Düsseldorf aufgestellten öffentlichen Bücherschränken bewährt, wie der gemeinnützige Verein Literaturbüro NRW e.V. auf seiner Weltnetzseite berichtet.¹

Die Allianz für Aachen erkennt im kostenlosen und flexiblen Zugang zu Wissens- und Kulturgütern einen hohen Wert für unser Land. Darüber hinaus wertschätzt sie die den öffentlichen Bücherschränken zugrunde liegende Idee des Solidaritätsprinzips. Im Rahmen der Neugestaltung des Brander Marktplatzes eröffnet sich die Möglichkeit, ein entsprechendes Projekt anzustoßen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe

Markus Mohr

¹ <http://literaturbuero-nrw.de/r--ckblick/veranstaltungen/oeffentliche-buecherschraenke.html>

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
30. Mai 2017

Nr. 273/17

29. Mai 2017
GRÜNE 08 / 2017

Ratsantrag

Verbesserung der Taktzeiten im Bahnverkehr zwischen Köln und Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen fordert den Nahverkehrsverbund Rheinland (NVR) auf, den Halbstundentakt der Regionalexpress-Züge zwischen Köln und Aachen bis 23:00 Uhr zu verlängern.

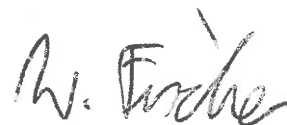
Begründung:

Zurzeit endet der Halbstundentakt wochentags von Aachen aus um 19:51Uhr, von Köln aus um 21:15 Uhr und am Wochenende sogar schon um 20:15 Uhr. Besonders für Fernreisende, die abends in Köln ankommen, entsteht dadurch eine Warte- und Umsteigezeit von bis zu einer Stunde. Auch nach der Teilnahme an Abendveranstaltungen in Köln ist die Rückreise mit dem Stundentakt oft ungünstig. Deshalb sollte der Halbstundentakt bis etwa 23:00 Uhr verlängert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionsvorsitzende



Wilfried Fischer
mobilitätspolitischer Sprecher

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
30. Mai 2017

Nr. 274/17

30. Mai 2017
GRÜNE 10 / 2017

Ratsantrag

Neuorganisation Parkhaus Blondelstraße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf die Aachener Parkhaus AG (APAG) als städtische Parkhausbetreiberin des Parkhauses Blondelstraße einzuwirken mit dem Ziel, das Parkhaus für einen neu zu bestimmenden Nutzerkreis umzuorganisieren und zu betreiben.

Der Rat fordert die Mandatsträger im Aufsichtsrat der APAG auf, im Sinne des Ratsbeschlusses zu entscheiden.

Die vorhandenen Parkebenen sollen zukünftig ausschließlich für

- Dauermieter, Innenstadtbewohner und Hotelgäste
- Individualverkehr mit reinen Elektro-Fahrzeugen
- Fahrräder, Pedelecs und E-Bikes

bewirtschaftet werden.

Begründung

Der Innenstadtparkraum in Parkhäusern soll zukünftig gezielt für Innenstadtbewohnerinnen und -bewohner, Hotelgäste und Gewerbetreibende als Dauermieter sowie für Elektrofahrzeuge und Fahrräder vorgehalten und bewirtschaftet werden.

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Das oberirdische Parkhaus Blondelstraße ist mit seiner Innenstadtlage für eine Neuausrichtung der Parkbelegung sehr geeignet. Der fehlende sichere Parkabstellraum für Kunden auf Fahrrädern und Pedelecs kann hier zentral angesiedelt werden. Außerdem kann die Stadt hier gemeinsam mit der APAG Stellplätze für privilegiertes und „klimaneutrales Parken“ anbieten.

Die heutige Zufahrt des Parkhauses und der dort jetzt fahrende, in Zukunft weiter zunehmende Busverkehr machen die Blondelstraße zu einem engen und schwierigen Nadelöhr für alle Verkehrsteilnehmer inklusive der querenden Fußgänger. Zudem ist die Innenstadtkreuzung Blondelstraße/Peterstraße durch den ein- und ausfahrenden Parkverkehr stark belastet. Auch an dieser Stelle sind zunehmende Konflikte mit dem Busverkehr heute schon abzusehen und nicht zu vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

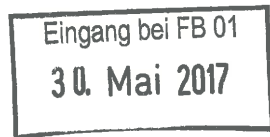


Wilfried Fischer
Stv. Fraktionssprecher



Michael Rau
planungspolitischer Sprecher

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 275/17

30. Mai 2017
GRÜNE 11 / 2017

Ratsantrag

Umgestaltung des Straßenraums – Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Bereich Kronprinzen- und Beverstraße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in durchzuführenden Bürger- und Anliegerworkshops die Umgestaltung und Neuorganisation des Straßenraums von Bever- und Kronprinzenstraße zu diskutieren und mit den Bewohnern und Anliegern einen Planungsvorschlag für die Neuaufteilung und Umgestaltung des öffentlichen Straßenraums in diesem Bereich zu erarbeiten. Die Ergebnisse sollen in den zuständigen Fachausschüssen vorgestellt und beraten werden. Für die Umsetzung der Planung sind entsprechende Haushaltsmittel bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Begründung

Die dichte Neubebauung auf dem Grundstück des ehemaligen Finanzamtes Aachen Innenstadt entlang der Bever- und Kronprinzenstraße sowie im Innenblock hat viele neue Bewohnerinnen und Bewohner in das Viertel gebracht. Nach dem Ende der Baumaßnahmen besteht nun die Aufgabe und Chance, mit den neuen und alten Anliegern die Umgestaltung der begleitenden Straßenflächen zu diskutieren.

Es handelt sich hier um ein nahezu reines Wohnviertel mit hoher Anwohnerdichte. Entsprechend sollte der öffentliche Raum allen Anliegern und Bewohnern mehr Aufenthaltsqualität und Grün bieten, als das heute der Fall ist. Die Kronprinzenstraße ist im überörtlichen Straßennetz als Verbindungsstraße von der Goerdelerstraße zur Beverstraße nicht notwendig und kann in ihrer Funktion als Anliegerverbindung mit

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Grünbereichen in eine reine Wohnstraße mit Aufenthaltsqualität für alle Bewohnergruppen umgestaltet werden. Gleiches gilt für die Beverstraße.

Bei den Planungen ist zudem zu berücksichtigen, dass die Radvorrangroute von Eilendorf in die Innenstadt über die Beverstraße geführt werden soll. Die Anordnung von Parkraum für die Anlieger ist ebenfalls zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Wilfried Fischer
Stv. Fraktionssprecher



Michael Rau
planungspolitischer Sprecher

An den Oberbürgermeister der Stadt Aachen
Herrn Marcel Philipp
Rathaus
52062 Aachen

Eingang bei FB 01
30. Mai 2017

Nr. 276/17

30. Mai 2017
GRÜNE 12 / 2017
LINKE

Ratsantrag

Rahmenplanung Stadteingang Nord-West

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen DIE GRÜNEN und DIE LINKE beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, entlang des Stadteingangs Nord-West zwischen Roermonder-, Kackert-, Borchert-, Henrici-, und Ritterstraße sowie Süsterfeldstraße eine Rahmenplanung zu erstellen bzw. in Auftrag zu geben. Ziel ist eine Stärkung, eine teilweise Neuordnung und Aufwertung des heutigen Stadteingangs Nord-West, eine Neuordnung und Verdichtung des dort ansässigen Gewerbegebietes, sowie eine städtebauliche Akzentuierung im Übergang zum zukünftigen Hochschulcampus West.

Ziel ist auch, für ansässige und expandierende Betriebe (Lindt) zusätzliche Flächen durch eine Neuordnung und Verdichtung bereitzustellen.

Die Rahmenplanung soll noch vor den Sommerferien in Auftrag gegeben und ihre Ergebnisse Ende 2017 in den zuständigen Gremien des Rates beraten werden.

Begründung

Der Stadteingang – von der Roermonderstraße kommend – stellt sich heute wenig repräsentativ für Aachen dar. Eine Ansammlung von niedriggeschossigen, sehr unterschiedlichen Gewerbebauten und Betrieben mit

ungeordneten Lagerflächen und Parkplätzen sowie mit überflüssigen Straßen- und Erschließungsflächen bildet heute einen Gewerbegebiet zwischen Kackertstraße und Bendplatz sowie Roermonder,- und Süsterfeldstraße.

Eine Rahmenplanung in diesem Bereich soll die mittel- und langfristige Planungsleitlinie für eine städtebauliche Aufwertung des Stadteingangs und für eine Neuorganisation des bestehenden Gewerbegebietes sein. Insbesondere für den Großbetrieb Lindt soll in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der Bereitstellung zusätzlicher Bau- bzw. Expansionsflächen durch die Neuorganisation und die Beseitigung der vorhandenen Übererschließung des Gewerbegebiets untersucht werden. Die langfristige Um- oder Neuorganisation von Gewerbegrundstücksflächen sowie öffentlichen Erschließungsräumen soll Ziel der Planung sein. Mit einer verdichteten mehrgeschossigen Bauweise können zusätzliche Gewerbeflächen geschaffen und den ansässigen Betrieben Planungssicherheit gewährleistet werden.

Der zukünftige Campus West wird unter anderem auch von der Roermonderstraße als Stadteingang Nord-West erschlossen werden. Auch hier soll die Rahmenplanung städtebauliche Impulse im öffentlichen und privaten Raum geben, sowie Akzente für eine eindeutige städtebauliche Orientierung und Nachverdichtung setzen. Dazu gehört auch die notwendige Durchgrünung des Gebietes.

Die von den Planungen betroffene Bürgerschaft muss an geeigneter Stelle in die Pläne zur Neuordnung des beschriebenen Gebietes eingebunden werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin B90/DIE GRÜNEN



Leo Deumens
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE



Michael Rau
planungspolitischer Sprecher B90/DIE GRÜNEN



Marc Beus
planungspolitischer Sprecher DIE LINKE

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philip

Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
30. Mai 2017

Nr. 277/17



Tel.: +49 (0)241 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Ratsantrag

Unser Zeichen: 201705-01

29.05.2017

Euro 6 bei Subunternehmen der ASEAG

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Aachen möge beschließen, dass die Verwaltung auf die ASEAG einwirkt, damit diese bei zukünftigen Verträgen mit Subunternehmen von diesen den zwingenden Einsatz von mindestens EURO 6 Bussen verlangt.

Begründung:

Die ASEAG ist, mit ihrer kontinuierlichen Aktualisierung ihrer Flotte auf EURO 6 bzw. Elektrobusse, auf einem guten Weg, die Luftqualität in Aachen zu verbessern. Daher ist es sinnvoll, dies auch von den Subunternehmen der ASEAG einzufordern.

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen

Udo Pütz
Fraktionsvorsitzender PIRATEN

Matthias „MadGnome“ Achilles
Mobilitätspolitischer Sprecher

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah
Telefon: +49 (0)241 432 7265 Fax: +49 (0)241 92 78 68 72
Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
01. Juni 2017

Nr. 278/17

29. Mai 2017
GRÜNE 13 / 2017

Ratsantrag

e.GO Mover Testbetrieb als Marktliner

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Gespräche mit der e.GO Mobile AG einzutreten, um die Möglichkeit des Einsatzes des e.GO Mover im Testbetrieb als Marktliner zu prüfen.

Begründung

Der Einsatz des Elektro-Kleinbusses als neuer Marktliner bietet die Chance des doppelten Testbetriebs. Mit der Erprobungsstrecke für das Fahrzeug könnten gleichzeitig Erfahrungen gesammelt werden, wie stark eine Kleinbuslinie über den Markt frequentiert würde.

Der e.GO Mover ist auf Grund seiner Größe im engen innerstädtischen Betrieb gut einsetzbar. Gleichzeitig wäre die Präsenz eines solchen Fahrzeugs in der Innenstadt ein guter Marketingeffekt für die Elektromobilität.

Würde die Teststrecke beispielsweise vom Hauptbahnhof über den Markt zum Campusgelände geführt, würden attraktive Ziele über den Markt erreicht.

Mit freundlichen Grüßen



Wilfried Fischer
Stv. Fraktionssprecher



Achim Ferrari
Vorsitzender des Mobilitätsausschusses

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
06. Juni 2017

Nr. 279/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 17.018 / SPD 63/17

Aachen, den 30. Mai 2017

RATSANTRAG

Neugestaltung Spielplatz Stettiner Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung

- ein Gesamtkonzept zur Entwicklung und Neugestaltung der Spiel- und Grünfläche Stettiner Straße zu erarbeiten
- die Bürgerinnen und Bürger, unter besonderer Berücksichtigung der Eingaben von Kindern und Jugendlichen, an der Planung frühstmöglich zu beteiligen
- zu prüfen, welche Städtebauförderprogramme zur unterstützenden Finanzierung der Maßnahmen in Frage kommen und ggfs. entsprechende Förderanträge zu stellen.

Begründung

Die Grün- und Spielfläche Stettiner Straße, in unmittelbarer Nähe der GGS Driescher Hof und inmitten eines von vielen Familien mit Kindern bewohnten Gebietes, bietet trotz ihrer großen Fläche kaum ansprechende Freizeitangebote. Alternativen gibt es im näheren Umfeld nicht. In der Stadtteilkonferenz wurde von vielen Eltern wiederholt der Wunsch nach einer Aufwertung oder Neugestaltung der Fläche geäußert. Bei einer Begehung mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtteilkonferenz, vor Ort tätigen Akteuren, Anwohnerinnen und An-

wohnern sowie Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Verwaltung der Stadt Aachen wurden die Defizite allen deutlich.

Neben kurzfristigen Maßnahmen, wie der Wiederherstellung einer Zaunanlage an der Sportfläche des Gebietes, sollte die gesamte Grünfläche einer Überprüfung zur Neugestaltung unterzogen werden.

Die Größe der Fläche bietet die Möglichkeit, gemeinsam mit Anwohnerinnen und Anwohnern verschiedene Abschnitte auch zeitlich voneinander entkoppelt, zu planen und zu entwickeln. Die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen wäre dabei ausdrücklich erwünscht.

Eine abschnittsweise Neugestaltung aus einem gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelten Gesamtkonzept heraus, bietet dabei eine stärkere Identifikation der Anwohnerinnen und Anwohner mit der Anlage und erhöht die Wahrscheinlichkeit der finanziellen Realisierung.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



Peter Tillmanns

kinder- und jugendpol. Sprecher
CDU-Fraktion



Patrick Deloie

kinder- und jugendpol. Sprecher
SPD-Fraktion



CDU

FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
0.6. Juni 2017

Nr. 280/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

CDU 17.019 / SPD 64/17

Aachen, den 30. Mai 2017

RATSANTRAG

Errichtung eines Quartiersmanagements in Burtscheid

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung ein Quartiersmanagement im Stadtteil Aachen-Burtscheid zu errichten.

Die Einrichtung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung der Fördermittelgeber (Land NRW) im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Initiative ergreifen“ und mit Fördermitteln des Landesförderplans „Alter und Pflege NRW“.

Begründung


Aktuell befindet sich der Verein „Gut! Branderhof e.V.“ in der zweiten Qualifizierungsphase im Rahmen des von der Landesregierung geförderten Städtebauförderprogramms „Initiative ergreifen“, das sich an Initiativen wendet, die sich aktiv für das Gemeinwesen einsetzen und zukunftsweisende Projekte, die zur Verbesserung der sozialen bzw. nachbarschaftlichen Entwicklung im Stadtteil beitragen, voranbringen. Der Verein möchte den denkmalgeschützten Gutshof (ohne die Doppelscheune) als nachbarschaftliches Begegnungszentrum in Burtscheid nutzen und echte Begegnungen ermöglichen. Vor allem sollen die Themen „demogra-

fischer Wandel im Quartier“ und „Integration von Migrantinnen und Migranten“ in den Blick genommen werden.


In diesem Zusammenhang ist es wichtig, mithilfe eines Quartiersmanagements die im Stadtteil geleistete Arbeit dauerhaft zu unterstützen, professionell zu begleiten sowie weiterzuentwickeln und so auch zu einem gelungenen Gesamtprojekt „Gut! Branderhof“ beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen


Harald Baal
Vorsitzender CDU-Fraktion


Hans Müller
sozialpol. Sprecher
CDU-Fraktion


Michael Servos
Vorsitzender SPD-Fraktion


Nathalie Hüllenkremer
sozialpol. Sprecherin
SPD-Fraktion